

Ersten Republik. Auch die Edition (S. 71—276) enthält als erstes Belege noch aus der ungarischen Zeit (1848/49, 1861, 1868, 1915, 1918), als man versucht hat, unter der madjarischen Herrschaft die Eigenart der Slowaken zu sichern und sie an der Führung der ungarischen Politik zu beteiligen. Die gleiche Absicht, dem eigenen Volk das Wahrnehmen der nationalen und der politischen Selbstbestimmung zu ermöglichen, spricht auch aus den zahlreichen hier abgedruckten Programmen und Forderungen aus der Zwischenkriegszeit, auch wenn der Adressat ein anderer war und man nicht mehr den durchaus unhistorischen Hinweis auf das Vorhandensein einer erst erwachenden Sprachnation einem durch die Geschichte geheiligten Zustand gegenüberstellen mußte; im Nationalstaat, der selbst diesem modernen politischen Prinzip seine Existenz verdankt, konnte man gewissermaßen von gleich zu gleich argumentieren.

In diesem Hauptteil der Quellenveröffentlichung sind von Wert einmal die Absprachen und Vereinbarungen aus der Gründungsphase, dann die auf die Slowakei bezüglichen Abschnitte aus tschechoslowakischen Gesetzen und schließlich die Entwürfe, Aufrufe, Reden, Resolutionen, Briefe und Zeitungsartikel, die die Lebendigkeit des Autonomiegedankens ebenso belegen wie die Erfolglosigkeit der auf ihn gestützten Bemühungen. Erst unter der existentiellen Bedrohung, dem der Gesamtstaat im Herbst 1938 ausgesetzt war, konnte die bis dahin vergeblich angestrebte Föderalisierung erreicht werden. Nur wenige Monate später wurde sie ersetzt durch die vom Protektor Hitler erheblich eingeschränkte Unabhängigkeit der für wenige Jahre zu einem selbständigen Staat gewordenen Slowakei. Der Text der slowakischen Verfassung aus dem Juli 1939 ist das letzte Stück der Sammlung.

Die Vorlagen für die Übersetzung mußten aus Quellen mit unterschiedlicher Zuverlässigkeit gewonnen werden (S. 11), doch bleibt unklar, wann, in welchem Umfang und mit Hilfe welcher anderer Vorlagen offenkundig fehlerhafte Texte verbessert wurden. Die Hinweise „übersetzt nach“ oder „übersetzt in Anlehnung an“ und „Vgl.“ sind zu ungenau. Vorlagen wie Literatur werden bei wiederholter Nennung nur in abgekürzter Form angegeben; eine Zusammenstellung aller dieser Titel wäre deshalb nützlich gewesen. Ein Sach- und ein Personenregister hätten den Umgang mit dieser wichtigen Edition erleichtert.

Köln

Peter Burian

Bohemia. Zeitschrift für Geschichte und Kultur der böhmischen Länder. Hrsg. i. A. des Collegium Carolinum von Karl Bosl. **Band 25. Heft 2.** R. Oldenbourg Verlag. München 1984. S. 245—512.

Im Zusammenhang mit den Veranstaltungen zur 50. Wiederkehr des Tages, an dem der Nationalsozialismus im Deutschen Reich die Macht übernahm, hatte das Collegium Carolinum im Oktober 1983 in München auf einer Tagung die Bedeutung erörtern lassen, die dieses „Epochenjahr 1933“ für das östliche Mitteleuropa gehabt hat. Die vier Vorträge dieser wissenschaftlichen Zusammenkunft und die knappe, instruktive Einführung in das Tagungsthema durch den Ersten Vorsitzenden des Collegium Carolinum, Ferdinand Seibt (S. 276—278), bilden den Hauptinhalt des Aufsatzteils in dem hier anzuzeigenden Heft.

Peter Krüger beschäftigt sich mit charakteristischen Veränderungen in Ziel und Methode der deutschen Diplomatie, die schon aus den Anfängen der Kanzlerschaft Brünnings nachzuweisen sind (S. 279—294). Sie haben die für die Partner berechenbar gewesene Verständigungspolitik der Ära Stresemann ersetzt durch

eine die Staatenwelt immer häufiger beunruhigende „Unkalkulierbarkeit“. Diesen Wandel, der es dann Hitler erleichtert hat, die Durchführung seiner zunächst revisionistischen, dann expansionistischen Pläne in Angriff zu nehmen, erklärt K. vor allem mit dem Einrücken von Kritikern des Stresemannkurses in Führungspositionen des Auswärtigen Amtes und mit der wachsenden, von opportunistischen Zügen nicht freien Bereitschaft der deutschen Diplomatie, auf nationalistische Forderungen Rücksicht zu nehmen, die in der politischen Öffentlichkeit immer nachdrücklicher erhoben wurden. Für das Tagungsthema besonders wichtig ist der Hinweis K.s., daß nicht zuletzt durch diesen Wechsel die noch in den zwanziger Jahren vorhanden gewesene Möglichkeit zerstört wurde, die Tschechoslowakei zu ihrer eigenen Sicherung in ein einigermaßen stabilisiertes europäisches System einzufügen, das auf der dauerhaften Aussöhnung zwischen den Kriegsgegnern und dem Verzicht des Reiches auf hegemoniale Absichten gegenüber Ostmitteleuropa beruhte. — Das Verhalten der Staatsführungen in Warschau und Prag zu der immer wahrscheinlicher werdenden und im Januar 1933 schließlich vollzogenen nationalsozialistischen Machtübernahme erörtert Jörg K. Hoensch (S. 295—312). Die meist offen gezeigte Feindseligkeit, die nicht nur damals zwischen Polen und der Tschechoslowakei bestand und deren historische Voraussetzung wie aktuelles Erscheinungsbild anschaulich und zuverlässig beschrieben werden, verhinderte jede Absprache für ein übereinstimmendes, vielleicht sogar gemeinsames Reagieren, obwohl man in beiden Hauptstädten zu Recht befürchtete, ein von Hitler geführtes Reich werde das Fortbestehen der Pariser Nachkriegsordnung gerade auch in Ostmitteleuropa gefährden. Statt dessen suchte vor allem die polnische Außenpolitik die sich anbahnende machtpolitische Verschiebung zum vermeintlichen eigenen Vorteil zu nutzen.

Die anderen beiden Vorträge haben ausschließlich die Tschechoslowakei zum Thema. Hans Lemberg beschäftigt sich mit der Frage, ob das Jahr 1933 so wie in der deutschen Geschichte auch in der der ČSR einen Einschnitt bedeutete (S. 313—332). Um eine Antwort geben zu können, berichtet er einmal über das innenpolitische Krisenpotential dieses Jahres, das vor allem durch die Arbeitslosigkeit und das Nebeneinanderleben mehrerer Nationen und Nationsteile bestimmt war, deren Angehörige nach wie vor nicht durch ein ihnen allen gemeinsames Staatsbewußtsein mental zusammengehalten wurden. Zum andern macht er darauf aufmerksam, daß man hier, zumindest im tschechischen Staatsvolk, als Nachbar des nationalsozialistisch werdenden Deutschen Reiches noch in diesem Jahr erkannt hat, Frieden und Sicherheit in Europa und damit auch der Bestand der eigenen Republik seien durch die Vorgänge in Deutschland bedroht. L.s Antwort lautet: in der Tschechoslowakei habe es im Jahr 1933 nicht eine Zäsur, sondern eine Veränderung von der Art eines Wendepunkts gegeben; die Geschichte des jungen Staates habe von jetzt ab „zunächst kaum merklich eine andere Richtung“ genommen. — Ebenso bestreitet auch Ernst Nittner in seinem Beitrag über die sudetendeutsche Einigungsbewegung unmittelbare Wirkungen der nationalsozialistischen Machtübernahme auf die Entwicklung in der Tschechoslowakei (S. 333—361). In einer breiten, in manchen Einzelheiten allerdings unbelegt bleibenden Darstellung der nationalen und politischen Geschichte der böhmischen Länder von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Münchner Abkommen und darüber hinaus erläutert er die eigenen, nicht erst durch die Vorgänge im Reich geschaffenen Voraussetzungen und Anlässe für das Bemühen um einen organisatorischen und parteipolitischen Zusammenschluß der Deutschen in der ČSR. Daß Konrad Henlein in ebendiesem Jahr 1933 die

Sudetendeutsche Heimatfront gegründet und dadurch diese Tendenzen zur Unifizierung erheblich verstärkt hat, erscheint danach eher als ein Zufall.

Auch der einzige Aufsatz dieses Heftes, dessen Text nicht auf einem Referat der einleitend erwähnten Tagung beruht, beschäftigt sich mit Folgen der nationalsozialistischen Machtübernahme. Peter Heumos berichtet über die deutschen und tschechischen Flüchtlinge, die seit der Maikrise 1938, vor allem aber seit dem Münchner Abkommen, der Annexion des Olsagebiets durch Polen und dem Ersten Wiener Schiedsspruch aus den bedrohten und schließlich verlorengegangenen Gebieten in den tschechoslowakischen Reststaat gekommen sind (S. 245—260). Von H. erstmals ausgewertete britische Akten, von denen er einige in einem Quellenanhang publiziert (S. 260—275), belegen die von privater englischer Seite ausgehenden Hilfsmaßnahmen, aber auch das offizielle britische Desinteresse an diesem Problem. — Nur summarisch kann auf den umfangreichen Rezensionsteil, den Tätigkeitsbericht des Collegium Carolinum für das Jahr 1983 und einen Nachruf — Frederick G. Heymann (1900—1983) — verwiesen werden.

Köln

Peter Burian

István I. Mócsy: The Effects of World War I. The Uprooted: Hungarian Refugees and Their Impact on Hungary's Domestic Politics, 1918—1921. (East European Monographs, No. CXLVII; Brooklyn College Studies on Society in Change, No. 31; War and Society in East Central Europe, Vol. XII.) Columbia University Press. New York 1983. XIII, 252 S., 2 Ktn.-Skizzen i. Anh.

Beim Studium dieses Werkes hat man über viele Seiten den Eindruck, daß es einen falschen Titel hat. Denn seine — beachtenswert sachliche — Darstellung des gesamten Komplexes von Revolution und Gegenrevolution in Ungarn, ausgedehnt bis zum Ende der zwanziger Jahre, geht weit über die enge Themenstellung hinaus. Deswegen aber kann das Buch auch Lesern empfohlen werden, die nicht nur an Flüchtlingsproblemen interessiert sind.

Freilich ist der Leitgedanke des Autors dabei der, daß er die engen Zusammenhänge der extremen Rechten mit den Flüchtlingsströmen für den eigentlichen Schlüssel zum Verstehen der ungarischen Politik nach 1919 hält. Das von ihm nicht befriedigend gelöste Problem ist allerdings, wer wirklich als Flüchtling, ja wie er im Obertitel sagt, als Entwurzelter (uprooted) zu betrachten sei. In seinen statistischen Aufstellungen geht der Vf. fast durchweg von den Geburtsorten aus und kommt darauf immer wieder zurück, (S. 139, 159, 172, 174, 188 und Anmerkungen 34, S. 222 und 52, S. 223), obwohl er in Einzelfällen sehr wohl zugeben muß, auf wie schwankendem Boden er sich dabei bewegt. So etwa: Stefan Friedrich, „obwohl geboren bei Preßburg, war seit langer Zeit Einwohner (und Unternehmer!) in Budapest“ (S. 139). Auf S. 159 nennt er auf Grund der Geburtsorte, wobei der Eindruck entstehen mußte, daß er sie alle zu den Flüchtlingen zählt, die Grafen Stefan Bethlen und Paul Teleki, die zwar Besitzungen in Siebenbürgen verloren haben mögen — darüber erfahren wir nichts Genaues — aber doch schon vorher nicht unbedeutende Landespolitiker mit festen Stützpunkten in der Hauptstadt waren, und die Bischöfe Prohászka, Ravasz und Raffay, längst vorher mit festem Dienstsitz in Innerungarn. Dasselbe gilt von den S. 139 als „Flüchtlingsaristokraten aus der Slowakei“ bezeichneten Grafen Andrassy, Zichy, Apponyi. Sie alle waren vorher schon aner-